

JOHANNISTHALAKTUELL

Zeitschrift für Veränderung

November 2015
kostenlos



Neue Unterkunft in Johannisthal

Bürgerinitiativen: Strategie der Nazis

Johannisthal Hilft stellt sich vor

Bodo Schlicht, Leiter JuJo

»Da wir bis jetzt nur diese eine Kugel haben, müssen wir halt zusammenrücken.«

Yvonne D., Johannisthal Hilft

»Wir wollen ein Johannisthal, welches sich mit Menschen in Not solidarisch zeigt. Frei von rechter Gewalt.«

Reinhard Kähler, Pfarrer Ev. Kirche Johannisthal

»Sie flohen um ihr Leben. Was geht uns das an? Wir haben etwas. Nicht nur für uns.«

Die neue Unterkunft in Johannisthal

Täglich kommen weitere Menschen nach Deutschland, die vor Krieg, Verfolgung oder Armut geflohen sind. Angesichts fortdauernder Krisen in Syrien, Afghanistan, Irak und Nordafrika werden auch weiterhin Menschen bei uns Schutz suchen. Deshalb wurde nun auch in Johannisthal eine neue Unterkunft für Geflüchtete eröffnet.

Am 07. Oktober 2015 wurde dem Bezirksamt Treptow-Köpenick vom Landesamt für Gesundheit und Soziales (LAGeSo) mitgeteilt, dass das von der Bundesregierung zur Verfügung gestellte und bis dato vom Bundesverwaltungsamt als Gästehaus genutzte Objekt im Groß-Berliner-Damm 59 für die Unterbringung von Flüchtlingen genutzt wird. Um die Öffentlichkeit zu informieren, wurde gleichentags vom Bezirksamt als erster Schritt eine Pressemitteilung herausgegeben. Dann haben die Vorbereitungen begonnen. Am 14. Oktober fand eine Begehung mit möglichen Betreibern des Objektes statt. Am Tag darauf, Donnerstag den 15. Oktober, erhielt dann der Christliches Jugenddorfwerk Deutschlands gemeinnütziger e. V. (CJD) den Auftrag, das Gebäude als Unterkunft für Geflüchtete zu betreiben. Noch am Abend zogen die ersten Menschen ein. Nun leben bereits gut 500 Menschen in dem Gebäude.

SCHNELLE ERÖFFNUNG AM GROSS-BERLINER DAMM

In einem zweiten Schritt ist das Bezirksamt sofort auf die Akteure des Orts teils zugegangen. So wurden z.B. die Schulen eingeladen, in denen Willkommensklassen eingerichtet werden, und erste Informationen ausgetauscht. Die Melli-Beese-Schule (Grundschule) und das Gebrüder-Montgolfier-Gymnasium können dabei auf die Erfahrungen, welche bereits im Bezirk gesammelt wurden, zurückgreifen und werden seitens der zuständigen Stellen unterstützt. Es wurde aber auch mit den Kirchen, Kitas, Jugendeinrichtungen, der Polizei, dem Jobcenter und anderen Einrichtungen in Johannisthal Kontakt aufgenommen. Bei einem Akteurstreffen im Anschluss an eine Sitzung des Runden Tisches Johannisthal wurden erste Ideen ausgetauscht, wie die Integration der neuen Nachbarn in den Ortsteil gelingen kann.

Auf Grund der Kurzfristigkeit war es nicht möglich, eine große Anwohnergerversammlung durchzuführen. Erst am 15. Oktober, als die Unterkunft von den ersten Menschen bezogen wurde, gab es konkrete Informationen zum Objekt. Nicht nur der Betreiber stand erst am selbigen Tag fest. Sondern es hat sich auch erst dann herausgestellt, welche Menschen untergebracht werden. Bis zum ersten Wochenende zogen gut 500 Geflüchtete ein, die bereits in Berlin registriert wurden. Viele von ihnen kamen also schon mehrere Tage oder Wochen vorher in Deutschland an. In den 100 Zimmern des Hauses sind nun vor allem Familien unterge-



Das ehemalige Gästehaus des Bundes am Groß-Berliner Damm wird nun von über 500 Geflüchteten bewohnt.

bracht. In der Einrichtung im Groß-Berliner Damm leben viele Kinder. In ehemaligen Seminarräumen des Gästehauses wurden zudem Schlafsäle für bis zu zehn Personen eingerichtet. Die Unterkunft wird als Erstaufnahmeeinrichtung genutzt. Nach Möglichkeit sollen die asylsuchenden Menschen die ersten drei Monate ihres Aufenthalts hier unterkommen, bevor sie Übergangwohnheime beziehen.

GÄSTEHaus GEEIGNET – SAMMEL-UNTERKÜNFTE ABER NICHT IDEAL

Im Gebäude existieren durch die vorherige Nutzung als Gästehaus bereits sanitäre Anlagen. Der Essensraum fasst etwa 150 Menschen, gegessen werden muss vorerst also in mehreren Schichten. Weitere Räume werden nun als Büro für den Betreiber genutzt oder auch als Spiele- und Aufenthaltszimmer. Dennoch ist es natürlich keine normale Wohnumgebung, wenn man gemeinsam mit 500 Menschen in so einem Gebäude leben muss. Das Ziel für die Menschen, die in Deutschland bleiben können, muss es sein, irgendwann in ruhigere Wohnungen umzuziehen. Nur dort lässt sich in Ruhe die deutsche Sprache lernen, nach Jobs suchen und von der Vergangenheit erholen. Dennoch sollten wir uns jetzt auch in Johannisthal darum kümmern, dass die Menschen ruhig und friedlich ihre Zukunft gestalten und das Vergangene verarbeiten können.

Die neue Einrichtung ist die achte Unterkunft in Treptow-Köpenick. In unserem Bezirk mit seinen etwa 250.000

Einwohnerinnen und Einwohnern bieten diese acht Einrichtungen zurzeit Platz für etwa 2.250 Menschen. Gleichzeitig werden im Bezirk Tausende neue Wohnungen genehmigt und gebaut, weil Treptow-Köpenick bei jungen Familien und auch bei Seniorinnen und Senioren immer beliebter wird. Die Geflüchteten stellen also nur einen

kleinen Teil unserer vielen neuen Nachbarinnen und Nachbarn dar. Veränderungen sind immer auch eine Herausforderung, aber sie gehören im Leben dazu. Und erst Veränderungen machen das Leben spannend. Also lasst uns diese Veränderungen gemeinsam gestalten und unsere neuen Nachbarinnen und Nachbarn willkommen heißen!

IMPRESSUM

JohannisthalAktuell ist ein gemeinsames Projekt von antirassistischen und antifaschistischen Menschen aus Berlin-Johannisthal.

Herausgeberin
Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten Köpenick e.V.
Puchanstraße 12, 12555 Berlin
www.bda-koepenick.de

Chefredaktion (Vi.S.d.P.)
Ul. Meiser,
Puchanstraße 12, 12555 Berlin

Bildredaktion
Theo Schneider

Kontakt
kontakt@bda-koepenick.de

Satz & Gestaltung
Florian Hirsch Projektarbeit

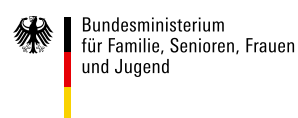
Druck
BVZ Berliner Zeitungsdruck GmbH
Auflage: 18.500 Exemplare

Hinweis
JohannisthalAktuell erscheint als Beilage im „Berliner Abendblatt“ und dient ausschließlich zu Bildungs- und Informationszwecken. Die Informationen wurden nach bestem Wissen und Gewissen recherchiert und formuliert. Für den Inhalt der Texte sind ausschließlich

die Autor*innen selbst verantwortlich. In den Texten geäußerte Positionen stimmen nicht notwendigerweise mit denen des VVN-BdA Köpenick e.V. oder Autor*innen anderer Texte überein. Die Bildrechte liegen bei den Fotograf*innen. Die Verteiler*innen sind nicht identisch mit den Urheber*innen der Zeitung.

Genderschreibweise
Zur Gleichstellung von Frau und Mann sowie aller weiteren Geschlechteridentitäten hat sich die Redaktion für die Verwendung des Sternchens („**“) entschieden.

Gefördert vom



im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie **leben!**

Ihre Flucht – unsere Verantwortung

Wenn Menschen nach Europa flüchten, dann ist Deutschland eines der wichtigsten Zielländer. Viele Geflüchtete werden deswegen gefragt, was sie denn „hier“ zu suchen haben und warum sie nicht in ihrer Heimat geblieben sind.

Zunächst sollte man eines wissen: Deutschland ist der drittgrößte Waf-fenexporteur der Welt. Und anders, als gern angenommen, werden diese Waf-fen nicht nur an Rechtsstaaten geliefert. In fast jedem bewaffneten innerstaatlichen Konflikt auf der Welt tauchen deutsche Waffen auf. Im Sudan töteten jeden Tag deutsche Waffen Menschen im dortigen Bürgerkrieg. Mexikanische Bürgerwehren, die Polizei und Drogenkartelle leisten sich blutige Schießereien, unter anderem mit deutschen Sturmgewehren. Und nach Saudi-Arabien schicken deutsche Rüstungskonzerne Kampfpanzer. Mit denen wurden Proteste im Arabischen Frühling niedergeschlagen, zum Beispiel in Bahrain. Deutschland verdient an den Kriegen dieser Welt. Und sieht mit den vielen Geflüchteten nun die Folgen des eigenen Handelns.

Aber nicht nur die Läufe von Pistolen und Gewehren lassen viele Menschen die Flucht ergreifen, auch andere deutsche Exportschlager tragen dazu bei. So ist Deutschland führend im Export von Überwachungstechnik, mit der Diktatoren ihre Bürger*innen ausspionieren und verfolgen. Solche Systeme waren beispielsweise für das Regime im Iran 2009 essentiell, um die Proteste junger Menschen gegen ihre Diktatur brutal niederzuschlagen. Ein weiteres perfides Beispiel ist der Export chemischer Stoffe für Giftgas aus der Bundesrepublik, mit dem im Syrischen Bürgerkrieg tausende Menschen getötet wurden und werden.

Und auch in ökonomischer Hinsicht ist Deutschland auf internationaler Ebene dafür mitverantwortlich, dass Menschen nichts anderes übrig bleibt, als ihre Heimat zu verlassen. Deutschland ist die mächtigste Wirtschaftsmacht in der Europäischen Union und zwingt in dieser Funktion Entwicklungsstaaten einseitige Handelsbarrieren im Lebensmittelbereich auf. Üppige Agrarsubventionen in der EU führen zu einer übermäßigen Milchproduktion. Überschüsse werden zu Milchpulver für den Export umgewandelt. Damit wird dann massiv der afrikanische Markt überschwemmt. Durch die Subventionen sind die Preise für dieses Milchpulver so niedrig, dass

es für afrikanische Landwirte so gut wie unmöglich ist, zu gleichen oder niedrigeren Preisen Milch anzubieten. Die Folge ist, dass sie keine Möglichkeit haben, unter ökonomischen Bedingungen zu produzieren und die erwirtschafteten Produkte dann auch zu verkaufen. Trotz fehlender Produktionseinnahmen sind afrikanische Landwirte gezwungen, das stark subventionierte Milchpulver aus EU-Staaten zu erwerben. Der afrikanische Markt wird hier mit aggressiven Mitteln unterdrückt und klein gehalten. Zusätzlich fischen europäische Fangschiffe die afrikanischen Küsten leer und berauben dadurch weiteren Menschen ihre Lebensgrundlage.

Der Wohlstand Deutschlands basiert also zu großen Teilen auf der Ausbeutung der Herkunftsländer von Geflüchteten. Mit Waffenexporten heizen wir Konfliktherde zusätzlich an. Sich dann über die Geflüchteten aufzuregen, ist mehr als zynisch. Statt die Schuld bei den Geflüchteten zu suchen, müssen endlich die Fluchtursachen angegangen werden. Mehr als markige

Worte müssen nun Maßnahmen getätigt werden. Rüstungsexporte stoppen, keine subventionierten Agrarexporte mehr und vor allem die UN-Flüchtlingslager deutlich besser ausstatten. Menschen sollten nicht gezwungen sein, den weiten Weg nach Europa anzutreten. Sondern sie sollten ihren Wohnort frei wählen können, in Flüchtlingslagern nahe ihrer Heimat Bildung und Gesundheitsversorgung erhalten. Die Vereinten Nationen sollten über Schutz-zonen für Zivilist*innen nachdenken. Wir wollen keine Einmischung in Bürgerkriege, sondern wir wollen die Individuen vor Kriegen schützen.

Nur wenn die Fluchtursachen ehrlich bekämpft werden, müssen weniger Menschen fliehen. Niemand verlässt ohne Zwang von heute auf morgen seine Heimat in eine ungewisse Zukunft. Lasst uns die Beweggründe der Flucht besser verstehen und gemeinsam mit den Geflüchteten die Missstände bekämpfen. Geflüchtete sind Menschen wie wir, die sich ihre Not nicht selbst ausgesucht haben. Lasst sie uns willkommen heißen.

Neue Initiative: Johannisthal Hilft

Johannisthal Hilft will den neuen Nachbar*innen das Ankommen in Johannisthal erleichtern.



Kleines Willkommensfest von ehrenamtlichen Helfer*innen und Geflüchteten im Groß-Berliner Damm. Foto: Melanie Schaezel.

Während der Eröffnung der neuen Unterkunft für Geflüchtete haben sich viele Akteure in Johannisthal vernetzt. Daraus ist „Johannisthal Hilft“ entstanden. Die Initiative möchte viele Menschen zusammen bringen, die sich in der neuen Unterkunft einbringen. Gleichzeitig will die Initiative im Gespräch mit Behörden, dem Bezirksamt

und dem Träger CJD bleiben, um ehrenamtliches Engagement und die Arbeit der Hauptamtlichen zu verbinden.

WER MACHT MIT?

Vor allem Einzelpersonen und ganz viele Nachbar*innen, die sich engagieren möchten. Aber eben auch viele

andere: Christliche Gemeinden, Mitglieder mehrerer Parteien, Leiter*innen, Lehrer*innen und Eltern aus den Schulen und Kindergärten, Aktive aus dem Jugendzentrum Johannisthal, das Zentrum für Demokratie, Geschäftstreibende und viele mehr. Gemeinsam mit Vertreter*innen des Bezirksamtes, des Jobcenters und des Polizeiabschnittes wollen sie eine reibungslose Inklusion der Geflüchteten in der Nachbarschaft sicherstellen.

WAS MACHT DIE INITIATIVE?

„Johannisthal Hilft“ ist noch ganz neu. Manche Menschen haben das erste Mal entschieden, dass sie sich ehrenamtlich für geflüchtete und asylsuchende Menschen engagieren wollen. Und deswegen befindet sich vieles noch im Aufbau.

Die Initiative betreibt eine eigene Kleiderkammer sowie einen Vorratskeller. Bislang erfolgt zweimal täglich eine Spendenausgabe an die Bewohner*innen. Auf der Internetseite befindet sich eine ständig aktualisierte Bedarfsliste. Dort gibt es Hinweise, welche Spenden benötigt werden, und welche bereits ausreichend vorhanden sind.

Auch Deutschkurse sollen eingerichtet werden. Ebenfalls in Planung befinden sich zahlreiche Freizeitangebote, besonders für die vielen Kinder und Familien. Zur Inklusion in den Ortsteil und zur Begleitung zu Ämtern und Ärzt*innen sollen Patinnen und Paten an geflüchtete Familien vermittelt werden. Die Initiative will auch den Ortsteil ansprechen: Mit Festen oder anderen Aktionen sollen Orte der Begegnung geschaffen werden. Die Initiative will außerdem Informationen verbreiten und Fragen beantworten und damit für Transparenz im Ortsteil sorgen. Für alle diese Aktivitäten sind neue Leute und frische Ideen sehr willkommen.

SIE WOLLEN DABEI SEIN?

Dann besuchen Sie die Internetseite der Initiative. Dort finden Sie aktuelle Informationen und Kontaktdaten, für den Fall, dass Sie sich in einem spezifischen Bereich einbringen wollen. Sie können für allgemeine Anfragen auch eine Mail an info@johannisthal-hilft.de schicken. Johannisthal Hilft freut sich auf Ihre Unterstützung!

www.johannisthal-hilft.de

Container, Turnhallen, Lager: Die gescheiterte Politik des Senats

Geflüchtete müssen dicht an dicht unter unwürdigen Bedingungen leben. Der Berliner Senat hat diesen Notstand bewusst provoziert.



Nun soll sogar der Abschiebeknast in Grünau in eine Geflüchteten-Unterkunft umgewandelt werden. Das Gefängnistor bleibt dann offen. Die Gitter im Haus sollen aber bleiben.

In allen Berliner Bezirken werden seit 2012 immer größere Massenunterkünfte für Asylsuchende eröffnet. Alte Schulen und Turnhallen werden zu Wohnraum umfunktioniert, Jugendherbergen und Gruppenunterkünfte in Gänze für Geflüchtete gebucht, Container- und Zeltlager errichtet. Seit dem 25. Oktober wird auch ein Hangar auf dem ehemaligen Flughafen Tempelhof als Notunterkunft genutzt. Bett an Bett in der Turnhalle oder im Mehrpersonen-Zimmer, Gemeinschafts-Toiletten und -Duschen, wenig Kontakt zu Anwohner*innen – wer will so zu Hunderten auf engstem Raum leben? Mittlerweile gibt es über 60 solcher Unterkünfte allein in Berlin und es sollen noch viele Weitere folgen.

NOTSTAND GESCHAFFEN

Es herrscht Notstand, meint der Berliner Senat. Deshalb muss für diese Menschen gut genug sein, was für die meisten von uns undenkbar wäre. Solche Auffanglager wie in der Zeltstadt in Berlin-Spandau kennen wir doch nur als Begleiterscheinung von Kriegen, von Naturkatastrophen und gesellschaftlichem Mangel. Aber hier?

Es kommen gegenwärtig viele Asylsuchende nach Berlin. 30.000 waren es nach Angaben des LaGeSo (Landesamt für Gesundheit und Soziales) in den Monaten Januar bis September 2015. Aber bereits 15.000 Asylsuchende im letzten Jahr überforderten angeblich eine Stadt, die 2014 für über 40.000 neu Zugezogene aus Stuttgart, Leipzig, Brandenburg und den EU-

Mitgliedsstaaten selbstverständlich Wohnraum zur Verfügung stellen konnte. Es sind keine Fälle bekannt von schwäbischen Praktikant*innen, bayerischen Student*innen oder italienischen Grafikdesigner*innen, die hier in Turnhallen unterkommen mussten. Es gibt genügend Wohnraum, doch es fehlt der politische Wille. Beispielsweise sind letztes Jahr über 10.000 Wohnungen aus dem „Niedrigpreissegment“ in die Mittelklasse hochsanziert worden. Wer aktiv billigen Wohnraum beseitigt, sollte nicht von Notstand faseln!

Es wird in Kauf genommen, dass Geflüchtete mehrere Monate, wenn nicht sogar Jahre, in diesen Massenunterkünften verbringen. Dabei hätten sie rechtlich in Berlin die Möglichkeit, bereits nach drei bzw. nach der Asylrechtsverschärfung nach sechs Monaten auszuziehen und eine Wohnung zu suchen. Auch hier hat der Senat versagt: Billige Wohnungen sind knapp und an Geflüchtete wird ungern vermietet. Der Senat hat sich aus dem sozialen Wohnungsbau zurückgezogen, kümmerte sich nicht um die Deckelung der Mieten und beklagt nun, dass es einen „angespannten Wohnungsmarkt“ gibt. Mietpreisbremse, Wohnungsneubau oder die Nutzung von Leerstand stehen schon lange auf der Agenda, werden aber erst jetzt angegangen.

DAS „LAGER-BUSINESS“

Stattdessen wird viel Geld in Massenunterkünften und deren dubiose Betreiberfirmen gesteckt. Diese werden mit

billigen Krediten, Investitionszuschlägen und Tagessätzen bis zu 30 Euro pro Bewohner*in belohnt. Anders als die Wohlfahrtsverbände (z.B. die AWO) besitzen sie meist Grundstücke mit bisher unverwertbaren Gebäuden, können diese mit eigenen Baufirmen schnell zu Notunterkünften herrichten und scheinbar mühelos betreiben. Durch die Reduzierung der Unterkunftsstandards und durch eine Unterversorgung mit qualifiziertem Personal können die privaten Betreiber*innen deutliche Gewinne erzielen. Und das zuständige LaGeSo nimmt seine Aufsichtspflicht nicht wahr.

BEZAHLBARER WOHNRAUM FÜR ALLE

Mit der Schaffung von sogenannten „Containerdörfern“ wurde im letzten Jahr die Unterbringungssituation weiter verschlechtert. Die Menschen werden dort bewusst isoliert.

Im Dezember wurde das erste Containerlager in Berlin Köpenick (Allendeviertel) trotz erheblicher Mängel bezogen. Seitdem kamen fünf weitere in Pankow, Lichtenberg, Marzahn und Steglitz hinzu. Der Senat will außerdem über 30 „modulare Gebäude“ mit unterschiedlichem Standard errichten. Auch dies sollen wieder Massenunterkünfte mit bis zu 250 Bewohnern werden.

Berlin will rund 50 Millionen Euro für die Container ausgeben. Dabei wäre die Unterbringung in normalen Wohnungen weitaus billiger. Dem Senat geht es offensichtlich um die Aufrechterhaltung eines Abschreckungssystems, um Asylsuchenden keine „Anreize“ zu bieten.

KATASTROPHALE ZUSTÄNDE AM LAGESO

Die Abschreckung wird seit einigen Monaten insbesondere auch durch die Zustände bei der Registrierungsstelle am LaGeSo hergestellt. 250 Registrierungen nimmt das LaGeSo nach Angaben der Initiative Moabit Hilft! täglich vor. Es kommen aber mehrere hundert Menschen täglich neu in Berlin an, welche auf eine Registrierung warten. Die Wartezeiten vor dem LaGeSo betragen oft Wochen, wobei sich das LaGeSo praktisch nicht um die existenzielle Versorgung der Ankommenden kümmert.

Ohne die Unterstützung von Ehrenamtlichen würden die Geflüchteten kein Wasser, kein Essen, keine Hygieneartikel, keine medizinische Versorgung, keinen Regenschutz und keine Hilfe nach der abendlichen Schließung des Amtes erhalten. Mafiöses Agieren der Sicherheitskräfte würde nicht skandalisiert werden, sondern verschwiegen.

Verzweifelte und frierende Menschen in Warteschlangen, das sind die Bilder, die aus Berlin in die Welt gehen. Und die zeigen, wie unregistrierte Geflüchtete vom Senat (nicht) willkommen geheißen werden. Diese Politik muss aufhören. Der Senat muss vorausschauend handeln. Turnhallen und Container sind keine Lösung, sondern können nur eine Erstversorgung darstellen. Das Recht der Geflüchteten auf Versorgung und Privatsphäre gilt es zu schützen. Dazu braucht es nicht nur ein Umdenken in der Asylpolitik, sondern auch eine Wohnungspolitik, die es allen Menschen ermöglicht, bezahlbaren und angemessenen Wohnraum zu finden.

Internetcafé überwindet Isolation

In Hellersdorf haben Asylsuchende ein selbstorganisiertes Internetcafé eröffnet.

Das Schicksal vieler Geflüchteter in den Sammelunterkünften ist geprägt von Einsamkeit, Diskriminierung und dem Fehlen einer konkreten Zukunftsperspektive.

Eine Gruppe von Asylsuchenden hat ein selbstorganisiertes Internetcafé für Geflüchtete in Berlin-Hellersdorf gegründet. Damit ist eine Möglichkeit entstanden, die Isolation zu überwinden, indem das Tor zur digitalen Welt geöffnet wurde. Elf Computer sind mit dem Internet verbunden und können zwölf Stunden täglich von mehr als 200 Geflüchteten in Hellersdorf genutzt werden.

ZUGANG ZU WISSEN

„Es handelt sich bei dem Ganzen um die Gleichstellung und Selbstermächtigung von Geflüchteten“, erklärt Eben Chu, Mitglied des Vereins „Refugees Emancipation e.V.“. Sie haben das Projekt entwickelt, um anderen Geflüchteten die Möglichkeit und Kraft zu geben, ihre Zukunft in ihre eigenen Hände zu nehmen, während sie auf die Bearbeitung ihres Asylantrags warten.

„Es geht nicht nur darum, Emails verschicken und empfangen zu können. Es geht darum, die Hindernisse zu überwinden, die absichtlich gegen Geflüchtete aufgestellt werden. Es geht darum, Geflüchteten einen Zugang zu Information und Wissen zu geben. Jetzt können sich Geflüchtete über ihre Rechte informieren. Jetzt können sie neue Fähigkeiten erwerben und die Fähigkeiten weiterentwickeln, die sie schon besitzen“, sagt Chu.

Das Internetcafé in Hellersdorf war sechs Monate lang in Planung. Die Initiative „LaLoKa“ hat ihre Räumlichkeiten zur Verfügung gestellt. Deren Lage ist optimal: Das Internetcafé ist für Gäste aus Sammelunterkünften in und um Hellersdorf leicht zu erreichen. Das LaLoKa-Team unterstützt das Projekt auch finanziell, um die Kosten für das Internet zu decken.

TÄGLICH KOMMEN VIELE GÄSTE

Das Café füllt sich jeden Tag gleich nach der Öffnung. „Es ist einfach traumhaft“, sagt Shabazz, ein Geflüchteter aus Pakistan, der hinter einem der Monitore sitzt und eine Email an Freund*innen tippt. „Wir fühlen uns wie zu Hause,

obwohl wir nicht zu Hause sind. Das macht uns glücklich.“ „Ich benutze es jeden Tag“, sagt Nannoor, ebenfalls aus Pakistan. „Ich weiß jetzt erst, wie ich das Internet benutzen kann. Ich will mehr über Computer lernen.“

Neben den beiden sitzen Geflüchtete aus einem halben Dutzend anderer Länder. Sie verschicken Emails, lesen Online-Zeitungen aus Vietnam oder dem Iran oder entspannen bei einem Computerspiel.

Ein vertrautes Gesicht in dem Café ist eine Frau aus der Demokratischen Republik Kongo. Sie ist gerade in den Bezirk gezogen und obwohl sie nicht geflüchtet ist, fühlt sie sich in dem Café wohl und hilft kostenlos mit.

Martin, ein Asylsuchender aus Kamerun, will das Internetcafé für ein Fernstudium nutzen. Im Oktober hat er einen Studiengang an der französischen Universität Sorbonne aufgenommen. Jeden Tag schickt er jetzt seinen Dozent*innen seine Seminararbeiten zu. Er spezialisiert sich auf Internetrecht und könnte ein qualifizierter Anwalt in Frankreich werden, bevor er endlich die Entscheidung über seinen Asylantrag in Deutschland bekommt.

„Ich könnte nie mit meinen Universitätskursen mithalten, wenn es das Internetcafé in Hellersdorf nicht geben würde“, sagt er. „Ich habe nicht das Geld, um für den täglichen Internetzugang zu bezahlen“. Seine Unterkunft liegt in Bestensee (Brandenburg). Das bedeutet, dass er täglich vier Stunden mit Bus, Zug und Straßenbahn fährt, um das kostenlose Internet im „LaLoKa“ zu benutzen. Als Gegenleistung hilft er im Internetcafé mit aus. „Ich mache einen Linux-Kurs für Neulinge und zeige Geflüchteten, wie sie über das Internet Zugang zu Informationen bekommen können“, sagt Martin.

„Internetcafés werden Orte sein, an denen Menschen lernen und studieren können“, verkündet Chu. „Das Café in Hellersdorf ist auch ein Modell für andere Unterkünfte in Berlin. Wir hoffen, dass andere Unterkünfte oder zivilgesellschaftliche Organisationen dem Beispiel von „LaLoKa“ und „Refugees Emancipation“ folgen werden.“ Zuerst wurden Internetcafés im Land Brandenburg gegründet und nun auch in Berlin.

Mehr zum Refugees Emancipation e.V.: www.refugeesemancipation.com

Willkommen in Berlin?!

Zahlreiche Projekte in Berlin zeigen, wie lebendige Willkommenskultur aussehen kann.

Politisches Engagement ist wichtig. Wir müssen uns für eine wirkliche Bekämpfung der Fluchtursachen einsetzen, für eine menschenwürdige Asylpolitik in Deutschland streiten, uns gegen Nazis und Rassismus wehren. Doch es gibt auch noch eine weitere Ebene. In diesen Zeiten geht es nicht nur um Politik. Sondern da kommen Menschen. Diesen Menschen hier ein neues Zuhause zu geben, vielleicht für kurze Zeit, vielleicht für immer, das ist die zweite große Aufgabe.

Geflüchtete leben oft isoliert, müssen ihre Vergangenheit verarbeiten und Perspektiven für die Zukunft entwickeln. Dabei können alle helfen. Die Isolation zu überwinden ist am wichtigsten. Wer Anschluss findet, Leute kennen lernt, sich wohl fühlt, meistert auch andere Probleme. Das ist es, was wir als Willkommenskultur verstehen. Eine Atmosphäre, in der sich Menschen auf Augenhöhe begegnen und einander wertschätzen und unterstützen. Wir stellen einige Projekte vor, auch aus Treptow-Köpenick, die genau für eine solche Willkommenskultur stehen. Und wo es verdammt viel Spaß macht, einfach mal mitzumachen:

EINTOPFGESCHICHTEN

Vom Candlelight-Dinner über das Zuckerfest bis zum Weihnachtessen mit der Familie: Essen bringt Menschen in allen Kulturen zusammen. Aus dieser Idee entstand das Projekt „Eintopfgeschichten“. Etwa einmal im Monat werden 4 bis 8 Anwohner*innen eingeladen und in der Asylunterkunft in der Alfred-Randt-Straße von einem Geflüchteten bekocht. Neben dem leckeren Essen kann man sich kennen lernen und Geschichten austauschen. Ein Teil dieser Geschichten erzählen die Aktiven auf ihrer Internetseite: www.eintopfgeschichten.de

GARTE DER HOFFNUNG

In der Containerunterkunft im Allende II wird seit März gegärtnert. Ein Team von freiwilligen Helfer*innen gestaltet zusammen mit den Geflüchteten die Außen- und Freiflächen des Containerdorfs zu einem „essbaren“ Nutzgarten. So wird der Garten verschönert und wohnlicher und Nachbar*innen und Geflüchtete kommen zusammen. Anfang Oktober konnte zum ersten Mal ein Erntedankfest gefeiert werden. In der Winterzeit bieten die Engagierten eine Näh-Werkstatt an. gartenderhoffnung.wordpress.com



Gemeinsam Geflüchtete Willkommen heißen: Das Projekt Eintopfgeschichten bringt Menschen beim Essen zusammen.

CHAMPIONS OHNE GRENZEN

Der Verein „Champion ohne Grenzen“ organisiert in Berlin und Brandenburg Integration durch Sport, insbesondere durch Fußball. In Kooperation mit lokalen Fußballvereinen werden Trainings für Kinder sowie Turniere und Freundschaftsspiele für Geflüchtete aller Geschlechter und aller Altersklassen organisiert. Auch in Treptow-Köpenick gibt es Integration durch Sport. Im AWO-Flüchtlingsheim in der Köpenicker Landstraße gibt es ein eigenes Fußballteam. In Köpenick trainieren Geflüchtete in Kooperation mit dem Köpenicker SC. www.championsohnegrenzen.de

WELCOME DINNER

Das Welcome Dinner funktioniert ähnliche wie die Eintopfgeschichten. Hier besuchen jedoch die Geflüchteten die Berliner*innen. Über die Plattform können sich Gastgeber und Geflüchtete bewerben und werden dann nach Wunschkdatum, Essgewohnheiten und Sprachkenntnissen zusammengebracht. Bei einem Abendessen in kleiner Runde können sich dann Gastgeber*innen und Geflüchtete unterhalten. Diese kleine Geste der Gastfreundschaft kann viel bewirken. www.welcomedinnerberlin.de

Die Asylrechtsverschärfung verstößt gegen Verfassung & Menschenrechte

Im Oktober 2015 verschärfte der Deutsche Bundestag erneut das Asylrecht. Der Berliner Flüchtlingsrat kritisiert die neuen Regeln als unmenschlich.

Am 15.10. haben im Bundestag CDU/CSU/SPD bei Enthaltung der Grünen gegen die Stimmen der Partei Die Linke zum Zweck der Abschreckung die Ausweitung der Zwangseinweisung neu ankommender Asylsuchender in zentrale Erstaufnahme-Sammellager von drei auf sechs Monate beschlossen, sowie die damit verbundene Ausweitung des Verbotes privaten Wohnens, des Arbeits- und Ausbildungsverbotes und der Residenzpflicht. Am 15.10. hat der Bundesrat mit den Stimmen von CDU/CSU, SPD und Grünen das Gesetz bestätigt. (...)

Abschiebungen dürfen künftig nur noch unangekündigt stattfinden. Das Asylverfahren wird durch die neue Aufenthaltbescheinigung „BüMA“, die für den normalerweise zwei bis drei Tage dauernden, inzwischen drei bis neun Monate umfassenden Zeitraum bis zur Registrierung des Asylverfahrens beim Asylbundesamt BAMF erteilt werden soll, noch bürokratischer und weiter in die Länge gezogen. In der Gesetzesbegründung steht, dass die BüMA nicht als Identitätsnachweis geeignet sei. Ein qualifiziertes Papier bekommen die Men-

schen nicht mehr, ihre Pässe werden von der Asylaufnahmestelle einbehalten (und gehen dort oftmals verloren). Die förmliche „Aufenthaltsgestattung“ zur Durchführung des Asylverfahrens wird erst erteilt, wenn das Asylverfahren beim BAMF registriert ist.

ENTRECHTUNG UND ENTWÜRDIGUNG

Albanien, Montenegro und Kosovo werden zu „sicheren“ Herkunftsstaaten erklärt. Wozu dann 5.000 KFOR-Soldat*innen im Kosovo, wenn es dort doch „sicher“ ist?

Geduldeten, die sich angeblich nicht um Papiere bemühen, wird nach § 1a AsylbLG jegliches Bargeld zur Pflege zwischenmenschlicher Beziehungen und zur soziokulturellen Teilhabe entzogen, zudem der Bedarf an Kleidung und Schuhen. Verboten wird die Gewährung von Leistungen zur Erfüllung verwaltungsrechtlicher Mitwirkungspflichten und zur Behandlung chronischer Erkrankungen selbst in unabweisbaren Fällen. Anders als bisher werden im Rahmen der „Sippenhaftung“ künftig auch minderjährige Kinder mit Leistungskür-

zungen nach § 1a AsylbLG für das Verhalten ihrer Eltern mit sanktioniert.(...)

Selbst Strafgefangene erhalten in Deutschland einen Barbetrag (Taschengeld) zur Pflege ihrer zwischenmenschlichen Beziehungen und zur soziokulturellen Teilhabe (Information, Kommunikation usw.). Anders künftig Asylsuchende. Ihnen soll jeder Bargeldbedarf für die ersten sechs Monate gestrichen werden, zugleich werden auch die Lagerpflicht (Verbot privaten Wohnens), Residenzpflicht und Arbeitsverbot auf sechs Monate ausgeweitet. Nur wer es sechs Monate ohne Bargeld im menschenunwürdigen Massenlager aushält, soll noch Asyl erhalten.

Vollständiger Entzug jeglichen Bargeldes für sich legal aufhaltende Asylsuchende, das gab es in Deutschland bisher noch nie! Das ist verfassungswidrige Gesetzgebung mit CDU/CSU, SPD und Grünen.

Dies ist eine gekürzte Version eines Artikels des Flüchtlingsrats, den vollständigen Artikel und aktuelle Infos findet ihr auf der Homepage des Flüchtlingsrates: www.fluechtlingsrat-berlin.de

Asylrecht soll abschrecken

Menschen, die sich im Asylverfahren befinden, werden Asylsuchende genannt. In diesem werden die **Zulässigkeit des Antrags** (der Großteil der Menschen wird in das Land zurückgeschickt, über das sie die EU als erstes betreten haben) und danach die **Fluchtgründe** geprüft.

Im ersten halben Jahr des Aufenthalts ist das **Arbeiten verboten**, danach stark eingeschränkt. Die staatlichen **Sozialleistungen sind niedriger** als für Deutsche. Statt Geld erhalten Flüchtlinge, je nach Bundesland, vor allem **Sachleistungen** (Unterbringung im Heim, Gutscheine, Lebensmittel- oder Hygienepakete, gesundheitliche Notversorgung), die noch weiter gekürzt werden können.

Flüchtlinge in den neuen, von der Regierung geplanten Registrierzentren müssen außerdem in den Aufnahmezentren wohnen und dürfen diesen Wohnort nicht verlassen. Diese Beschränkung heißt Residenzpflicht. Wer sich dem widersetzt, erhält keine Leistungen und kein faires Asylverfahren mehr. Zudem wurden „sichere Herkunftsstaaten“ definiert. Wer von dort kommt, wird in einem Kurzverfahren abgeschoben und entrechtet.

Fazit: Ziel der Asyl-Gesetze ist es, nicht Schutzsuchenden ein normales Leben hier zu ermöglichen, sondern sie von der Flucht nach Deutschland abzuschrecken bzw. ihnen das Leben hier so unangenehm wie möglich zu machen.

„Bürgerinitiativen“: Strategie der Neonazis

NPD und Neonazis versuchen, verdeckt an Bürger*innen heranzutreten, um ihren Rassismus unverdächtig platzieren zu können. Seit den 1980er Jahren machen sie mit angeblichen Bürgerinitiativen gegen Geflüchtete und Migrant*innen Stimmung. Erfolgreich sind die Neonazis mit dieser Strategie erst seit 2013.

Unter Schlachtrufen wie „Nein zum Heim“, „Kinderschutz statt Asylbewerber“ oder „Geld für die Oma statt für Sinti und Roma“ schaffen es die Neonazis, an zahlreichen neuen Standorten für Unterkünfte von Asylsuchenden die Ängste der Bevölkerung zu kanalisieren und sie hinter ihren rassistischen Bannern und Fackeln zu vereinen. So auch dieses Jahr in Berlin-Buch, Marzahn, Falkenberg Köpenick und Johannisthal.

Laut der Chronik flüchtlingsfeindlicher Vorfälle der Amadeu-Antonio-Stiftung und von Pro Asyl kam es 2015 zu 251 rassistischen Demonstrationen und Kundgebungen vor und gegen Geflüchteten-Unterkünfte (Stand: 30.10.2015). Zusätzlich gab es bisher bundesweit 422 Angriffe auf Unterkünfte, davon 93 Brandanschläge.

AUCH BEI FACEBOOK ...

Der Angriff auf Menschenleben wird hierbei begleitet durch verbale Brandstiftung in den sozialen Netzwerken. Waren es 2013 noch etwa 40 Seiten „Nein zum Heim“-Seiten auf Facebook, so existieren laut netz-gegen-nazis.de mittlerweile 225 solcher Seiten online. Die meisten dieser Seiten kommen aus Sachsen (76) und Brandenburg (40), aber neun solcher Seiten beziehen sich auch regional auf Berlin.

Generell sind solche Seiten als ein Hort der Fehlinformation zu sehen – so wird auch immer wieder gegen demokratische Grundsätze und die „Lügenpresse“ gewettert und sich häufig auf Augenzeugenberichte bezogen. Auch Aktionen und Artikel von rechten Parteien wie der NPD, „Die Rechte“, der „III.Weg“ oder der „Identitären Bewegung“ werden ge-

teilt. In den Kommentarspalten bestätigen sich die Schreiber*innen gegenseitig in ihrem Hass oder ihrer vermeintlichen „Angst“ und übertreten dabei auch häufig die Schwelle zum Aufruf zu Straftaten, wie mehrere Ermittlungsverfahren aufgrund von Facebook-Kommentaren in letzter Zeit bestätigen.

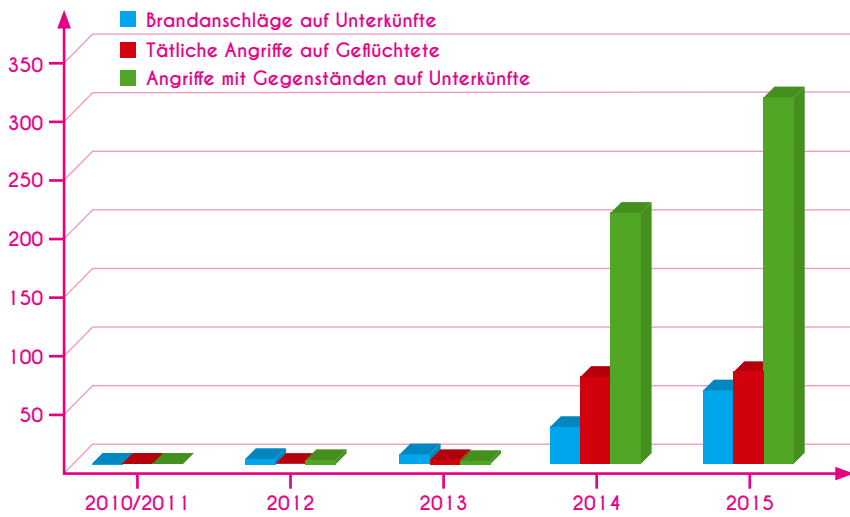
Die Vorgehensweise ist immer die gleiche: Eine vermeintlich überparteiliche „Bürgerinitiative“, als Sprachrohr besorgter Anwohner*innen, bringt rassistische und neonazistische Inhalte über das Internet, ohne das Stigma des Neonazis, in breitere Kreise der Gesellschaft. Mit Verweis auf Vorgänge andernorts und die ständige Ethnisierung der sozialen Frage versuchen die Nazis Empörung und Ablehnung zu erzeugen. Dabei profiliert sich die NPD als Anwältin der „kleinen Leute“ und einzige Partei, „die auch was macht“.

Treptow-Köpenick verfügt dabei auch über mehrere vermeintliche Bürgerinitiativen, die zumindest inhaltlich Nähe zur NPD aufweisen. Die „Bürgerinitiative Treptow-Köpenick“ und „Nein zum Heim Köpenick“ versuchen sich gegenseitig darin zu übertreffen, mit menschenfeindlichen Kommentaren gegenüber Geflüchteten Stimmung zu machen, und verweisen immer wieder auf die angebliche Gefahr, die durch „Überfremdung“ und angeblich steigende Kriminalität drohe. „Wir gegen den Strom“ ist als Sympathisantin der PEGIDA-Bewegung zu sehen, ähnlich wie die „Bürgerbewegung Rahnsdorf“ und die Betreiber der Seite „Rahnsdorfer Widerstand“, die auch nicht davor zurückschrecken, gegen Unterstützer*innen zu hetzen.

„Hass Hilft“ macht aus rassistischer Hetze Spenden für Geflüchtete: www.hasshilft.de

Rassistische Brandanschläge in Deutschland

Angriffe auf Flüchtlingsunterkünfte und deren Bewohner*innen häufen sich dramatisch.



Viele Menschen befürchten eine Rückkehr der rassistischen Gewalt der 90er Jahre. Damals wurden in Hoya, Solingen, Mölln und in weiteren deutschen Städten Flüchtlingsunterkünfte von Neonazis angegriffen, während Bürger*innen applaudierten oder mitmachten. Flankiert wurde diese Gewalt von einer rassistischen Debatte, in deren Folge der Bundestag 1993 durch massive Einschränkungen die faktische Abschaffung des Grundrechts auf Asyl beschloss. Leider lassen sich erschreckende Parallelen zu damals ziehen. Die größte Änderung und Beschränkung des Asylrechts wurde Anfang Oktober durchgesetzt, die massive Gewalt gegen Geflüchtete, deren Unterkünfte und deren Unterstützer*innen ist jeden Tag in den Medien. Die Amadeu-Antonio-Stiftung führt eine Chronik zu rassistischer Gewalt und Provokationen gegen Geflüchtete. In diesem Jahr gab es bundesweit bereits 422 Angriffe auf Geflüchteten-Unterkünfte, davon 93 Brandanschläge. Bei den Brandanschlägen sind es jetzt bereits mehr als doppelt so viele wie im Jahr 2014 (Stand 30.10.2015, siehe Grafik). Die folgenden Berichte sind Auszüge aus der genannten Chronik und verdeutlichen das Ausmaß der Gewalt:

20.08.2015 – MARZAHN, BERLIN

Auf die neue Asylunterkunft am Blumberger Damm im Berliner Bezirk Marzahn-Hellersdorf ist in der Nacht zum Freitag ein Brandanschlag verübt worden. Wie die Polizei am Freitag mitteilte, näherten sich die Täter kurz vor Mitternacht dem Containerdorf von einer Seitenstraße aus. Ein Wachmann der Einrichtung entdeckte die fünf dunkel gekleideten Personen mit den brennenden Holzlaten in Händen. Als er die Gruppe anschrill, warfen sie die brennenden Latten über den Zaun. Laut Polizei landeten insgesamt neun Brandsätze auf dem Rasen. Die Gebäude wur-

den nicht beschädigt. Ein Bewohner der Unterkunft konnte das Feuer mit einem Gartenschlauch löschen, sodass niemand zu Schaden kam.

10.10.2015 – CHEMNITZ-MARKERSDORF, SACHSEN

In Chemnitz-Markersdorf, wo seit Tagen gegen eine geplante Asylunterkunft demonstriert wird, eskalierte die Situation am Wochenende erneut. Unbekannte warfen Steine auf eine Kirche, in der ein Teil der Asylsuchenden Schutz gefunden hatte. Mehrere Scheiben gingen zu Bruch. Eine Mutter und zwei Kinder wurden durch Glassplitter verletzt.

Zuvor griffen Neonazis eine Gruppe von Menschen an, die sich in Solidarität mit den Asylsuchenden schützend vor die Unterkunft gestellt hatten. Zwei der Angegriffenen wurden leicht verletzt.

11.10.2015 – ALTHEIM, BADEN-WÜRTTEMBERG

Unbekannte warfen in der Nacht zu Sonntag einen „stark Rauch entwickelnden Gegenstand“ durch ein geöffnetes Fenster in die örtliche Asylunterkunft. Verletzt wurde dadurch niemand, es entstand jedoch geringer Sachschaden. Die Bewohner konnten noch in der Nacht in ihre Wohnungen zurückkehren.

11.10.2015 – TRASSENHEIDE, MECKLENBURG-VORPOMMERN

In Trassenheide auf Usedom haben Unbekannte am Sonntagmorgen zwei Molotov-Cocktails auf eine geplante Asylunterkunft geworfen. Das Gebäude stand seit zehn Jahren leer. Nach Worten von Trassenheides Bürgermeister Horst Freese sollte das Bürogebäude eines leerstehenden Betriebsgeländes für 15 Asylsuchende hergerichtet werden.

Was tun bei Übergriffen auf Andere?

1) Vorbereitet sein

Überlegen Sie sich eine Situation, in der ein Mensch belästigt, bedroht oder angegriffen wird. Überlegen Sie, was Sie in einer solchen Situation fühlen, was sie von anderen erwarten und was Sie tun würden.

2) Ruhig bleiben

3) Genau beobachten

Die Angreifenden haben Angst wiedererkannt zu werden. Deshalb kann bereits das bloße Beobachten einer Situation für diese abschreckend sein. Merken Sie sich das Gesicht und die Kleidung der Angreifenden und ggf. die Fluchtrichtung.

4) Sofort reagieren

Reagieren Sie immer sofort, erwarten Sie nicht, dass jemand anderes hilft. Je länger Sie zögern, desto schwieriger wird es einzugreifen.

5) Aufmerksamkeit erzeugen

Gehen Sie auf andere umstehende Personen zu und fordern Sie diese auf, Ihnen zu helfen. Sprechen Sie umstehende Personen direkt und persönlich an: „Sie im grünen Pullover, können Sie bitte das Zugpersonal rufen?“

6) Hilfe holen

In Verkehrsmitteln sagen Sie der Zugbegleitung bescheid oder ziehen Sie die Notbremse. Auf der Straße: Schreien Sie laut!

7) Zur angegriffenen Person halten

Nehmen Sie Blickkontakt mit der betroffenen Person auf. Das vermindert Angst. Sprechen Sie die Person direkt an: „Ich helfe Ihnen!“

8) Keine Gewalt anwenden

Keine Heldentaten und begeben Sie sich nicht unnötig in Gefahr. Setzen Sie keine Waffen ein, diese führen häufig zur Eskalation. Fassen Sie die Angreifenden niemals an, sie können dann schnell aggressiv werden.

9) Angreifer*innen nicht provozieren

Duzen Sie die Angreifenden nicht, damit andere nicht denken, Sie würden sich kennen. Blicken Sie den Angreifenden fest ins Gesicht, aber nicht provozierend. Damit machen Sie klar, dass Sie sie später wieder erkennen können. Kritisieren Sie das Verhalten der Angreifenden, nicht aber ihre Person.

10) Sich um den/die Betroffene-n kümmern

Kümmern Sie sich um die betroffene Person, während Sie auf die Polizei warten. Leisten Sie Erste Hilfe oder seelischen Beistand. Stellen Sie sich als Zeuge zur Verfügung. Melden Sie den Vorfall Beratungsstellen für Opfer rechter Gewalt wie ReachOut in Berlin. ReachOut Berlin bietet Betroffenen und Zeugen rechter Gewalt Beratung und Unterstützung. Die Beratung ist kostenlos und auf Wunsch anonym und setzt keine Anzeigenerstattung bei der Polizei voraus. Die Beratung vor Ort orientiert sich an den Bedürfnissen der Betroffenen und helfen bei Bedarf weiter oder vermitteln an geeignete Stellen. www.reachoutberlin.de

Aktiv werden – so geht's

Sie wollen helfen, eine positive Willkommenskultur in Johannisthal zu schaffen?

RUNDER TISCH JOHANNISTHAL – AKTIONSBÜNDNIS GEGEN NAZIS

Der Runde Tisch Johannisthal ist ein Zusammenschluss von vielen Bürger*innen: neben Einzelpersonen engagieren sich auch Vertreter*innen des Montgolfier-Gymnasiums, des Jugendzentrum Johannisthal (JuJo), der Evangelischen Kirche, der Partei DIE LINKE sowie der SPD. Was sie eint, „ist die Ablehnung von Diskriminierung und Nazis, die ein Keil in die Gesellschaft treiben wollen. Sie wollen stattdessen ein buntes und vielfältiges Johannisthal, in dem sich jede und jeder frei bewegen kann.“

Die Gründung des Runden Tisches erfolgte im September 2012 als Reaktion auf Gewaltdelikte und massive Einschüchterungsversuche von Neonazis im Ortsteil. Die Treffen finden seitdem monatlich im Jugendzentrum Johannisthal statt, wo Aktuelles besprochen wird und Aktionen geplant werden. So hat der Runde Tisch Johannisthal mehrere Putzspaziergänge in Johannisthal durchgeführt, auf denen Nazi-Propaganda entfernt wurde sowie Objekte im öffentlichen Raum mit bunten Motiven bemalt und mit kleinen Festen eingeweiht. Damit sollen schöne Bilder den öffentlichen Raum Johannisthals prägen und nicht mehr Nazi-Propaganda.

www.ruti-johannisthal.de
info@ruti-johannisthal.de

Skateboards helfen



Die bezaubernde Kurzdoku „We say hello with skateboarding“ zeigt, wie einfach es ist mit einer solidarischen Geste Menschen glücklich zu machen.

www.youtube.com/L7tpwGHaQvY

KuB Sprach-Tandem

Sprache ist ein wichtiges Mittel der Integration. Der Verein KuB möchte Geflüchtete und Anwohner*innen über ein Sprach-Tandem zusammen bringen. Meist trifft man sich dann in einem Café oder Park und redet zum Teil Deutsch und zum Teil in der Sprache des Geflüchteten. So kann man Sprachkenntnisse ausbauen, neue netten Menschen kennen lernen und helfen.

www.kub-berlin.org/sprach-tandem

UFFMUCKEN

Um Neonazi-Strukturen in Schöneweide etwas entgegenzusetzen, hat sich Anfang 2012 die Initiative UFFmucken gegründet. Dafür haben sich Jugendliche und verschiedenste Initiativen mit dem Ziel zusammengeschlossen, durch eine bunte und lebendige (Gegen-) Kultur dem braunen Treiben und alltäglichen Rassismus auf der Straße ein Ende zu bereiten. UFFmucken will informieren und Öffentlichkeit herstellen, antifaschistische Aktivitäten vernetzen und Druck erzeugen, um die Nazis endlich aus den Kiezen zu verdrängen. So konnte unter anderem schon erreicht werden, dass der berlinweite Neonazi-Treffpunkt, die Kneipe „Zum Henker“, nach massiven Protesten geschlossen wurde.

Seit 2013 engagiert sich UFFmucken auch verstärkt gegen Rassismus im Zusammenhang mit der Eröffnung von Sammelunterkünften für Geflüchtete im Bezirk Treptow-Köpenick und protestiert, wenn „Nein-zum-Heim“-Kampagnen und/oder die NPD aktiv sind oder Angriffe auf Geflüchtetenunterkünfte geschehen.

UFFmucken will verändern. Hier und Jetzt. Unser Ziel ist ein schönes Leben für Alle. Macht mit!

www.uffmucken-schoeneweide.de
info@uffmucken-schoeneweide.de

ZENTRUM FÜR DEMOKRATIE TREPTOW-KÖPENICK

Seit dem Sommer 2004 existiert das bezirkliche Zentrum für Demokratie Treptow-Köpenick (ZfD), das politische Bildungsarbeit anbietet und zivilgesellschaftliche Akteur*innen in ihrem Engagement für Demokratie und gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus im Bezirk Treptow-Köpenick unterstützt. Es berät, begleitet und arbeitet auf vielfältige Weise mit Gruppen, Projekten, Vereinen, Initiativen und Einzelpersonen, die sich im Bezirk für Demokratie und Pluralität einsetzen und kooperiert eng mit der lokalen Politik, den demokratischen Parteien und der Verwaltung. Es ist in unterschiedlichen lokalen Bündnissen und Netzwerken aktiv und organisiert eigene Projekte und Veranstaltungen zu verschiedenen politischen Themen.

www.zentrum-fuer-demokratie.de
zentrum@offensiv91.de

Johannisthal Hilft

Wie Sie sich direkt am Groß-Berliner Damm für ein solidarisches Miteinander einsetzen können, erfahren Sie auf Seite 2 in dieser Zeitung. Johannisthal Hilft freut sich immer über neue ehrenamtliche Helfer*innen.

Rassismus? Das sind nicht nur Nazis

Seien wir ehrlich: Die paar Nazis sind es nicht, die das Leben von Geflüchteten mancherorts zum Unding machen. Die Abwertung von Menschen aufgrund ihrer Herkunft oder ihres Aussehens ist und bleibt ein Privileg der Mehrheit gegenüber Minderheiten.

Diesem latenten Rassismus, der den „Fremden“ zwar wenig, aber dafür immer alles Schlechte zutraut, ist mit guten Argumenten nicht beizukommen. Rassismus hat viele Gesichter und findet sich im Arbeitsmarkt, im Staatsbürgerrecht, der Bildung, in der Verteilung von kulturellen und sozialen Ressourcen, in historischen Traditionen und im Alltag. Gerade weil die Ungleichbehandlung gesellschaftlich so präsent, aber für die meisten gleichzeitig unsichtbar ist, lohnt es sich, die Funktion von Ausgrenzung und Rassis-

mus für eine Gesellschaft zu analysieren und zu hinterfragen.

Meist Jahrhunderte lang, über Sklaverei, Unterdrückung und Ungleichbehandlung trainiert, werden immer neue Spaltungslinien (z.B. Religionszugehörigkeit) gezogen, um die ungerechte Verteilung von Macht und Ressourcen zu begründen und Ausgrenzung zu legitimieren. Kurzum das „Fremde“ wird vor allem deshalb zu einem Problem konstruiert, um es im gleichem Atemzug auszugrenzen und dadurch eigene Privilegien zu legitimieren und zu sichern.

Die Beurteilung von Menschen, anhand der Verknüpfung irgendwelcher Merkmale mit Prognosen über ihr künftiges Verhalten, hat sich derart verselbstständigt, dass die meisten es gar nicht mehr merken. Das Wiederkäuen der immer gleichen Vorurteile und unergründbaren Ängste hat den Effekt, dass von anderen gesellschaftlichen Widersprüchen und Problemstellungen abgelenkt wird.

Nazis können sich als willige Vollstrecker von „Volkes“ Meinung profilieren, weil sie mit ihrer Hetze auf fruchtbaren Boden fallen. Wie bestellt

diente der „Anwohnerprotest“ 2013 in Hellersdorf dem Bundesinnenminister sofort als Argumentationshilfe zur Beschleunigung von Abschiebeverfahren und der Verschlechterung der Lebensbedingungen von Asylsuchenden.

Wer etwas ändern will, sollte sich Gedanken darüber machen, welche Privilegien einem selbst zustehen, während andere davon auf Lebenszeit ausgeschlossen sind. Empathie für diejenigen, die angeblich so anders sind, kann helfen, die Realität mit anderen Augen zu sehen.

Beratungsstellen gegen Rassismus

REACHOUT

Beratung für Opfer rassistischer Gewalt.
www.reachoutberlin.de

KUB KONTAKT- UND BERATUNGSSTELLE

Beratung für Flüchtlinge und Migrant*innen zu sozial-, aufenthaltsrechtlichen und existenziellen Fragen. www.kub-berlin.org

FLÜCHTLINGSRAT BERLIN

Netzwerk für die Rechte von Flüchtlingen
www.fluechtlingsrat-berlin.de

MBR

Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus in Berlin
www.mbr-berlin.de